



# Interviews

**Datum: 30. Oktober 2023**

**Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, außenpolitischer Sprecher, im Gespräch mit Philipp May**

**Philipp May:** Wie ein Großteil der Welt auf den Konflikt blickt, das wurde Freitagnacht relativ deutlich. Die Sympathien liegen mehrheitlich wohl nicht auf Seiten Israels. Mit Zwei-Drittel-Mehrheit hat die UN-Vollversammlung am Freitagabend eine Resolution verabschiedet, in der Israel zu einer humanitären Feuerpause in Gaza aufgefordert wird. Die explizite Verurteilung der Hamas für ihren Terrorangriff fehlte dagegen und auch ein deutlicher Ruf nach Freilassung aller Geiseln wie auch der Verweis auf das Selbstverteidigungsrecht Israels. Nur 14 Staaten stimmten gegen den Resolutionstext, darunter die USA, Tschechien, Österreich, Kroatien und Ungarn. Deutschland unter Federführung des Auswärtigen Amtes hat sich enthalten, was der Regierung scharfe Kritik eingebracht hat – von der Opposition, dem Zentralrat der Juden und vom israelischen Botschafter.

Am Telefon ist jetzt der außenpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin. Schönen guten Morgen, Herr Trittin.

**Jürgen Trittin:** Guten Morgen, Herr May.

**May:** Warum schlägt sich die Bundesregierung, warum schlägt sich Annalena Baerbock in die Büsche?

**Trittin:** Das müssen wir beschreiben. Wir haben ganz bewusst gesagt, wir mischen uns in diesen Verhandlungsprozess ein - da hatten wir Bündnispartner wie etwa Kanada und andere, die sich dann genauso verhalten haben -, wir verändern diese Resolution. Diese Resolution hat am Anfang überhaupt Terror nicht benannt. Sie verurteilt jetzt alle Terrorakte. Und sie hatte auch keinerlei Aussagen gemacht zur Freilassung der Geiseln. Sie formuliert heute, dass alle Zivilisten freizulassen sind. Das sind die Verhandlungserfolge, die Länder wie Kanada und Deutschland erreicht haben. Wir haben dann entschieden, dass vor dem Hintergrund, dass das Selbstverteidigungsrecht Israels hier nicht bekräftigt wird und wir an dieser Stelle jedenfalls nicht den Hamas-Terror sozusagen tributieren, sondern nur allgemein von Terror reden, wir uns vor diesem Hintergrund nicht zustimmungsfähig in der Lage gesehen haben. Andere haben das anders gesehen; ich verweise auf Frankreich etwa, wo wir uns normalerweise sehr darum bemühen, mit Frankreich zu gemeinsamem Abstimmungsverhalten zu kommen.

**May:** Dann stellt sich Annalena Baerbock hin und sagt, wir haben nicht zugestimmt. Genauso gut hätte sie aber auch sagen können, wir haben sie auch nicht abgelehnt, die Resolution. Deutschland hat sich mal wieder mit einem entschiedenen ‚Vielleicht‘ zu Wort gemeldet.

**Trittin:** Nein, das ist kein entschiedenes ‚Vielleicht‘. Sie haben eine ganz andere Haltung. Entweder Sie sagen von vornherein, wir haben drei Punkte, die müssen da rein, oder wir sagen ‚Nein‘; dann landen Sie ungefähr da, wo heute die USA mit anderen Einflussmöglichkeiten gelandet sind, oder Sie lassen sich auf einen Verhandlungsprozess ein. Wenn Sie sich auf einen Verhandlungsprozess einlassen und dort Veränderungen erreichen, müssen Sie die Resolution vor dem Hintergrund der erreichten Veränderungen beurteilen. Das nennt man Verantwortungsethik und es unterscheidet sich von Gesinnungsethik.

**May:** Ach so! – Und wenn man eine Resolution ablehnt, weil man sagt, man kann dieser Resolution nicht zustimmen, dann sind Verhandlungen mit den arabischen Staaten direkt ausgeschlossen, oder wie ist das?

**Trittin:** Nein! Ich würde sagen, Sie werden in einer Situation, wo Sie mit 120 Ländern am Ende eine Resolution haben, nur etwas erreichen, wenn die wissen, dass Sie am Ende bereit sind, auch einen Schritt auf sie zuzugehen, und diese Entwicklung wäre nicht gewesen, wenn Sie von vornherein gesagt hätten, dies und dies kommt da rein oder wir stimmen nicht zu. Das ist die Haltung und ich finde, das ist eine sehr kluge Haltung, die insbesondere an einem Punkt etwas unterstreicht, was in anderen Zusammenhängen auch übrigens die US-Administration immer wieder betont hat. Wir wissen alle, dass nur eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israelis und Palästinensern dauerhaft den Israelis und den Palästinensern eine Perspektive auf ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Würde gibt. Das setzt voraus, dass die Strukturen der Hamas zerschlagen werden. Das ist die Voraussetzung. Aber diese Voraussetzung ist nicht hinreichend.

**May:** In Israel ist man tief enttäuscht über die deutsche Enthaltung. Tzipi Livni, lange liberale politische Gegenspielerin von Netanjahu, hat hier im Deutschlandfunk klipp und klar ihr Unverständnis zum Ausdruck gebracht. Wie würden Sie ihr das erklären, dass Deutschland in der UN nicht an der Seite Israels gestanden hat - so wird das ja verstanden -, gerade wo, sagen wir mal, die Unterstützerschaft Israels relativ klein ist und wo sie jede ...

**Trittin:** Wäre es besser gewesen, eine Resolution der Generalversammlung zu haben, wo nicht die Freilassung aller Zivilisten genannt wird? Wäre es besser gewesen, eine Resolution

zu haben, wo nicht einmal der Terror verurteilt wird? Das würde ich nicht so sehen und ich finde diese Haltung, die die Bundesregierung und die Kanada und andere dort mit ihrer Strategie erreicht haben, einen großen Fortschritt gegenüber dem Resolutionsentwurf, den Jordanien sonst ohne Probleme übrigens mit einer ähnlichen Mehrheit durchgebracht hätte.

**May:** Das Problem ist ja nun auch die Fallhöhe, die die Grünen selbst erzeugt haben, wenn man von wertegeleiteter Außenpolitik spricht und nicht von Interessen. Dann würde man das aber auch hin und wieder gerne mal erkennen in dem Abstimmungsverhalten.

**Trittin:** Das erkennen Sie ja auch in diesem Abstimmungsverhalten. Sie haben diese Resolution an entscheidenden Punkten verändert und sie ist deutlich klarer geworden, als sie vorher von Jordanien vorgeschlagen worden ist und wofür Jordanien locker eine Mehrheit bekommen hätte. Insofern haben wir im Interesse Israels gehandelt. Aber wir haben unsere Grundhaltung durchgehalten. Ja, wir stehen an der Seite Israels. Wir betonen das Selbstverweidigungsrecht Israels. Wir sehen mit Entsetzen, dass - übrigens wird ja viel auch in den Vereinten Nationen darüber gesprochen, Schutz der Zivilbevölkerung. Die Hamas zielt jeden Tag mit Raketen auf die Zivilbevölkerung Israels und wird nur durch die technischen Fertigkeiten Israels davon abgehalten, damit Erfolge zu haben. Aber wir sagen auch, es wird am Ende des Tages neben dieser Frage – und das ist eine Lehre aus dem 7. Oktober – eine politische Lösung geben. Und diese Militäroperation, die die Israelis jetzt machen zur Ausschaltung des Terrors, auch sie muss den Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts folgen. Das ist der Grund, warum wir in der Europäischen Union zum Beispiel die Frage schnellerer und erhöhter Hilfsleistungen in den Gaza hinein und die Frage humanitärer Feuerpausen an dieser Stelle durchgesetzt haben. Das ist praktische wertegeleitete verantwortliche Außenpolitik.

**May:** Man kann so etwas durchsetzen und dann trotzdem seine Haltung zum Ausdruck bringen. – Ich habe immer noch nicht ganz verstanden, was sich konkret geändert hätte, wenn Deutschland gesagt hätte, nein, wir können dieser Resolution nicht zustimmen, wir sind dagegen.

**Trittin:** Wenn Deutschland sich auf diesen Verhandlungsprozess nicht eingelassen hätte, dann hätten wir eine Resolution, die weder von Terror spricht, noch fordert, dass die Geiseln, wie Sie das benannt haben, die Zivilpersonen freigelassen werden. Das wäre der Unterschied und genau das ist der Grund, warum es richtig war, sich auf diesen Verhandlungsprozess eingelassen zu haben. Es wäre deutlich schlechter gewesen, auch für Israel.

**May:** Okay! – Im Fall von Katar hatte die Außenministerin vorher, vor einem Treffen relativ deutlichgemacht und öffentlich auf die Finanzierung der Hamas durch das Land hingewiesen und gesagt, wir akzeptieren keine Terrorfinanzierung. Nach einem Treffen mit dem Emir sagt sie das nicht mehr und lobt seitdem das Land als wichtigen Vermittler. Welche Rolle spielt Katar jetzt aus Sicht der Grünen in diesem ganzen Nahostprozess?

**Trittin:** Erstens: Katar hat durchaus nicht im Dissens mit der israelischen Regierung die Hamas lange Zeit gefördert und finanziert, und sie tut das möglicherweise jetzt nicht mehr in stiller Duldung der israelischen Regierung..äh, nicht mehr.., äh, sie tut das weiter.

Zweitens: Katar hat Zugänge zur Muslim-Bruderschaft. Die deutsche Bundesregierung versucht alles, jene Staatsbürger, die von der Hamas entführt und als Geiseln gehalten werden, freizubekommen, und da nutzt sie neben Ägypten auch Gesprächskanäle, zu denen Katar gehört.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*